

US-Justiz fordert Untersuchung von umstrittenen Texas-Razzien

Eine Latino-Wählerorganisation fordert eine Untersuchung der umstrittenen Razzien in Texas, die prominente Demokraten trafen.

(NEW YORK) – Eine der prominentesten Latino-Wählerorganisationen, die Liga der Vereinigten Lateinamerikanischen Bürger (LULAC), hat den US-Justizminister aufgefordert, eine Untersuchung der letzten Razzien in Texas einzuleiten. Diese Razzien sind Teil einer laufenden Ermittlung wegen mutmaßlichen Wahlbetrugs, die vom umstrittenen Staatsanwalt Ken Paxton geleitet wird.

Die Razzien wurden in der vergangenen Woche durchgeführt und richteten sich gezielt gegen namhafte Demokraten und Wahlhelfer, darunter auch ältere Menschen in ihren späten 80ern. Dies wurde von einem Sprecher von LULAC bekannt gegeben.

Razzien und ihre Zielsetzung

Berichten zufolge beschlagnahmten die Ermittler Mobiltelefone, Computer und andere Dokumente. Lupe Torres, ein Führer von LULAC, äußerte sich bei einer Pressekonferenz und forderte eine „gründliche und transparente“ Untersuchung durch die zuständigen Bundesbehörden, um die Beweggründe zu klären, die Ken Paxton zu diesen Razzien veranlasst haben.

Unter den von den Razzien Betroffenen war auch Lydia Martinez, eine 80-jährige Rentnerin und Lehrerin aus San Antonio.

Berichten nach wurde sie in ihrem Nachthemd aus ihrem Haus geführt und musste in aller Öffentlichkeit auf die Rückkehr ihrer Besitztümer warten, was bei ihr große Ernüchterung und Unbehagen verursachte. Dieser Vorfall wurde von Roman Palomares, dem Präsidenten von LULAC, in der Pressekonferenz erwähnt.

LULAC berichtete, dass Martinezes persönliche Geräte sowie Materialien zur Wählerregistrierung beschlagnahmt wurden und sie unter Androhung verzögerter Rückgabe ihrer Eigentümer gezwungen wurde, ihre Passwörter preiszugeben.

Juan Proaño, der CEO von LULAC, bezeichnete die Razzien als „haltlos“. Er betonte, dass es keinerlei Beweise für die Vorwürfe gebe und dass selbst vor Gericht kein belastendes Material präsentiert worden sei. „Wir können mit Gewissheit sagen, dass es bei unseren Mitgliedern keinen nennenswerten Wahlbetrug gibt“, erklärte Proaño in einem Interview.

Der rechtliche Hintergrund und Reaktionen

In einer Erklärung erklärte Paxton, dass sein Büro „ausreichende Beweise“ für Wahlbetrug gefunden habe, die die Durchsuchungsbefehle für die Razzien rechtfertigten. Ein Bezirksstaatsanwalt aus der Nähe von San Antonio hatte 2022 die mutmaßlichen Vorfälle von „Wahlbetrug und Stimmenkauf“ an das Büro des Generalstaatsanwalts weitergeleitet.

Die Razzien fielen auch zusammen mit der Ankündigung des texanischen Gouverneurs Greg Abbott, dass seit 2021 mehr als eine Million Menschen von den Wählerlisten des Bundesstaates gestrichen wurden, darunter fast eine halbe Million Verstorbene und über 6.500 Nichtbürger. Die Wahlbehörden des Bundesstaates aktualisieren regelmäßig die Wählerlisten, um Verstorbene oder Personen, die aus dem Staat weggezogen sind, zu entfernen.

Proaño wies darauf hin, dass der kleine Anteil von Nichtbürgern,

die entfernt wurden, nur etwa einen halben Prozentpunkt der registrierten Wähler ausmache und dies eine klare Indikation sei, dass weit verbreiteter Wahlbetrug unter Nichtbürgern kein systemisches Problem in Texas darstelle.

„Es sind fast nur halb ein Prozent. Wir sagen nicht, dass es nicht existiert. Es gibt Fälle, in denen Menschen, die keine US-Bürger sind, registriert sind, aber das sind eher Einzelfälle und nicht systematisch“, erklärte Proaño in einer Nachrichtensendung.

Abbott betonte, dass sein Büro „sämtliche potenziellen illegalen Wahlaktivitäten“ an Paxtons Büro zur Untersuchung verwiesen habe. Ein Sprecher des Justizministeriums bestätigte, dass ein Schreiben von LULAC eingegangen sei, machte jedoch keine Angaben darüber, ob eine Untersuchung eingeleitet werde.

Das Büro von Paxton reagierte nicht auf eine Anfrage von ABC News.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)